**Wahlprüfsteine des Hessischen Jugendrings mit Antworten der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag**

(Eine Positionierung der FDP Hessen ist, mit Hinweis auf das noch nicht verabschiedete Wahlprogramm, derzeit noch nicht abschließend möglich.)

1. **Ehrenamtliche Jugendarbeit kann dann einen wertvollen Beitrag zur Gesellschaft liefern, wenn sie gute Rahmenbedingungen und eine solide Finanzierung erhält. Die Finanzierung über das hessische Glücksspielgesetz ist hierfür grundsätzlich ein nützliches Instrument aufgrund der Umsatzschwankungen aber derzeit nicht mehr verlässlich. Wie wollen Sie sicherstellen, dass künftig die Finanzierung der Jugendverbandsarbeit in Hessen verlässlich, planbar und in ausreichender Höhe gewährleistet wird?**

   **Antwort:** Im Mittelpunkt der liberalen Sozialpolitik stehen die Kinder und Jugendlichen in Hessen. Derzeit werden durch 3% der Mittel aus den Einnahmen des Glückspielgesetzes „experimentelle Arbeitsansätze und Maßnahmen zur Erprobung neuer Wege" gefördert. Die FDP setzt sich für alternative Einnahmequellen im Glücksspiel ein. Falls die Einnahmen aus Glücksspiel in Hessen weiter sinken sollten, müssen wir andere Möglichkeiten finden, um die wichtige Arbeit der Jugendverbände und Sportvereine zu stärken. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die „Stärkung der Partizipation und Teilhabe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund" nach §39 Abs. 2 HJGB auch über das Jahr 2014 entweder weitergeführt bzw. weiterentwickelt wird. Desweiteren setzen wir uns auch weiterhin für die Umsetzung der Freistellung sowie die Lohnerstattung nach §48 HJGB ein. Die Erstattung der Lohnkosten betrug 2011 knapp 1,4 Mio. €. Die Lohnfortzahlung ist aus Sicht der Liberalen ein geeignetes Mittel um die Jugendarbeit in Hessen zu stärken.

2. **Wie kann das Land Hessen sicherstellen, dass die Einführung der Schuldenbremse und des kommunalen Rettungsschirms nicht zur Bedrohung wird für die Jugendarbeit auf Landesebene und vor Ort?**

   **Antwort:** Die Schuldenbremse sichert die Lebensperspektive im Sinne unserer Kinder und Jugendlichen sowie kommender Generationen. Hierzu gehört aus unserer Sicht ein verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen und öffentlichen Mitteln, um den nachfolgenden Generationen möglichst optimale Startbedingungen zu ermöglichen. Unsere Kinder und Kindes-Kinder sollen nicht für die Schulden ihrer Eltern- und Großelterngenerationen zahlen müssen. Diese Landesregierung hat gezeigt, dass sich die Umsetzung der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse und Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen nicht ausschließen. Ein besonders Anliegen der Liberalen ist die Prävention. Denn durch präventive Maßnahmen beugen wir Defiziten vor, statt zu versuchen sie später wieder zu beheben.

3. **Viele Jugendverbände spüren eine starke Einschränkung des ehrenamtlichen Engagements ihrer Jugendleiter/innen, die durch zeitliche Verdichtungen des Studiums immer weniger Zeit haben. Besonders fatale Auswirkungen hat das auf die Betreuung von Ferienfreizeiten. Wie wollen Sie gewährleisten, dass auch Studierende in Zukunft wieder ausreichend Zeit haben, Ferienfreizeiten ohne Nachteil für ihr Studium ehrenamtlich zu betreuen?**

   **Antwort:** Bereits heute gibt es geeignete Instrumente um das ehrenamtliche Engagement zu fördern und die Wertschätzung dieses Engagements auszudrücken. Hier ist die

Lohnfortzahlung, die Ehrenamts-Card und die Jugendleiter-Card zu nennen. Generell wird der ehrenamtliche Einsatz von jungen Menschen auch bei Firmen und Unternehmen als zusätzliche Qualifikation angesehen, denn solche sogenannten soft-skills werden immer wichtiger, um sich gegen Mitbewerber durchzusetzen. Diese und weitere Aspekte müssen mehr in die Öffentlichkeit gebracht werden. Dies ist sicherlich auch eine Aufgabe der hessischen Politik.

4. **Die Juleica hat sich als bundesweites Ausweisdokument für Jugendleiterlinnen etabliert, dass für Qualifikation, Legitimation und gesellschaftliche Anerkennung ehrenamtlichen Engagements steht. Im Vergleich mit der EhrenamtsCard bietet die Juleica jedoch in vielen Städten und Landkreisen nur wenige Vorteile für ihre Inhaber/innen. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Juleica auch als spürbare Wertschätzung und als Dankeschön für ehrenamtliches Engagement Jugendlicher zu stärken?**

   **Antwort:** Die FDP setzt sich dafür ein, dass die unnötige Unterscheidung zwischen Juleica und E-Card aufgehoben wird, so dass die Empfänger der Juleica auch automatisch die E-Card erhalten sollten. Das Ehrenamt sollte aus Sicht der Liberalen unabhängig von Alter und Geschlecht anerkannt und wertgeschätzt werden.

5. **Wegen der großen Menge an Unterrichtsstoff und dem hohem Leistungsdruck bleiben viele außerschulische Aktivitäten junger Menschen, wie z.B. die Teilnahme an Angeboten im Jugendverband, auf der Strecke. Die hessische Schulzeitverkürzung reduzierte die Freiräume für ehrenamtliches Engagement in Jugendverbänden. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schule ehrenamtliches Engagement nicht ausschließt?**

   **Antwort:** Die FDP hat sich dafür stark gemacht, dass Jugendverbände und Sportvereine mit hessischen Schulen kooperieren können. Diese sinnvollen Kooperationen sollen im Rahmen des weiteren Ausbaus der Selbstständigen Schule sowie der gebundenen Form der Ganztagsschule weiter ausgebaut werden. Zusätzlich hat sich das liberal-geführte Kultusministerium für eine weitere Entfrachtung und Entlastungen im G8-Angebot eingesetzt. Bis heute nutzen viele G8-Gymnasien nicht die Möglichkeiten einer Entlastung der Schüler im G8-Modell. Durch best-practise Beispiele soll diesen Schulen bei der konkreten Umsetzung geholfen werden.

6. **Die Zusammenarbeit von Ganztagsschule und Jugendarbeit steckt in Hessen vielerorts noch in den Kinderschuhen. Bisher erfährt die Jugendverbandsarbeit keine finanzielle Förderung für dieses neue Arbeitsfeld. Was planen Sie, um den ehrenamtlich geprägten außerschulischen Partnern die Zusammenarbeit mit Ganztagsschulen zu ermöglichen?**

   **Antwort:** Die Arbeit in der Ganztagsschule ist aus Sicht der Liberalen nicht nur ein weiteres Arbeitsfeld, sondern in aller erster Linie eine Chance für die Jugendverbände. Um diese Chance zu nutzen, sollte die Landesregierung hauptsächlich unterstützend und beratend agieren. Ansonsten können für diesen Bereich natürlich die gleichen Förderinstrumente, wie in den anderen Bereichen der Jugendarbeit, genutzt werden.

7. **Neofaschistischen Gruppen und Vorfällen wird in Hessen mit dem "Beratungsnetzwerk Hessen mobile Intervention gegen Rechtsextremismus" begegnet. Welche Perspektiven sehen Sie für das Beratungsnetzwerk nach Ablauf der Bundesfinanzierung Ende 2014?**

**Antwort:** Das derzeitige Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ stellt in einem Zeitraum bis 2014 insgesamt 24 Millionen Euro zur Verfügung. In Schwerpunkt 3 ist die Förderung von lokalen Beratungsnetzwerken, die bereits in allen 16 Bundesländern aufgebaut werden konnten, vorgesehen. Im Gegensatz zur ersten Förderperiode soll nicht nur eine Beratungstätigkeit gefördert, sondern eine Qualifizierung von Beraterinnen und Beratern umgesetzt werden. Falls es ab 2014 auf Bundesebene eine weitere Förderperiode des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geben sollte, könnte man in dieser Frage ein Folgeprojekt beantragen. Ist dies nicht der Fall, so sollen die bereits durch die derzeitige Förderphase entstandenen Strukturen in Hessen weitergeführt werden.

8. **Und: Als Reaktion auf Vorfälle mit neofaschistischem Hintergrund setzt das Land Hessen bisher schwerpunktmäßig auf Intervention. Dort wo Jugendverbände und andere zivilgesellschaftliche Akteure aktive Präventionsarbeit leisten, betreiben sie dies aus eigenen Stücken. Unterstützen Sie Die Forderung des Hessischen Jugendrings zur Einführung eines Präventionsprogramms in Hessen, um diese Arbeit künftig auszubauen und finanziell abzusichern?**

**Antwort:** Die Förderung der Prävention im Jugendbereich, gerade im Hinblick auf Rechtsextremismus, wird durch EU-, Bundes- und Landesmittel gefördert. Hier kann das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ als Beispiel herangezogen werden. Desweiteren haben wir mit dem Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX) einen Ansprechpartner für Vereine und Verbände in Hessen. Referenten des Landesamtes für Verfassungsschutz stehen für zielgruppenorientierte Vorträge und Diskussionsrunden zur Verfügung. Ein wichtiger Bereich für präventives Handeln sind Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Schule. Die Prävention muss altersgerecht erfolgen, so kann natürlich Gesundheitsprävention bereits im Kindergarten spielerisch beginnen, wohingegen Prävention gegen Rechtsextremismus später ansetzten sollte.

9. **Integration Ist ein offener, beidseitiger Prozess, der auch eine Öffnung der Gesellschaft voraussetzt. Viele zivilgesellschaftliche Akteure stellen sich dieser Herausforderung, auch die Jugendverbände. Wie möchten Sie die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Integration vor allem junger Menschen mit Migrationshintergrund verbessern?**

**Antwort:** Die Landesregierung wird durch das qualifizierende Schulvorbereitungsjahr und die sog. Pauschale für Schwerpunkt-Kitas die Startchancen für Kinder verbessern. Ebenfalls werden wir die freiwilligen Vorlaufklassen auch in der nächsten Legislatur weiterführen. Die Stärkung gut vor Ort vernetzter Initiativen und die Öffnung des Integrationsprozesses für die breite Gesellschaft fördern wir durch das Landesprogramm „WIR – wegweisende Integrationsansätze realisieren“, das landesweit die Erfahrungen aus den Modellregionen Integration vertieft und weiter umsetzt.

10. **Partizipation und politische Beteiligung junger Menschen ist in vielen Bereichen nur unzureichend gewährleistet, z.B. durch sehr hohe Altersgrenzen für das aktive wie auch das passive Wahlrecht in Hessen. Welche Änderungen streben Sie an, um Jugendliche zukünftig mehr wirksame Mitsprache und echte Beteiligung zu ermöglichen?**

**Antwort:** Die FDP spricht sich für die Einrichtung von Jugendparlamenten mit Initiativrecht auf kommunaler Ebene aus. Politik muss gerade vor Ort in den Gemeinden transparenter werden, um nicht abzuschrecken. Wo keine Jugendparlamente eingerichtet werden können, sollen Jugendliche projektbezogen an Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Eine generelle Absenkung des aktiven Wahlalters ist allein keine Garantie für ein stärkeres Inte-

resse oder eine höhere Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen und wird daher nicht von vornherein befürwortet. So ist in Bremen 2011 erstmalig das Wahlalter für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft auf 16- herabgesetzt worden. Eine Erhöhung der Wahlbeteiligung für die Gruppe der bis 21-Jährigen war in Bremen nur um 2,8% von 46,1% im Jahr 2007 auf 48,9% im Jahr 2011 zu verzeichnen, und blieb somit deutlich unter dem Landesdurchschnitt von insgesamt 51%.

11. **Kinderrechte sind ein hohes Rechtsgut. Bereits 1992 also vor 20 Jahren erfolgte die Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention. Alle anderen Bundesländer haben mittlerweile in ihren Landesverfassungen Kinderrechte fest verankert. In Hessen steht dieser Schritt als Zeichen einer stärkeren Wertschätzung der Kinder als Träger eigener Rechte noch aus. Wie stehen Sie dazu, die Kinderrechte in der Hessischen Verfassung zu verankern?**

    **Antwort:** Die FDP setzt sich auch weiterhin für die Verankerung der Kinderrechte in der hessischen Landesverfassung ein. Auch wir Liberalen halten es für erforderlich die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken.

12. **Dem erweiterten polizeilichen Führungszeugnis wird von allen Seiten eine sehr begrenzte Aussagekraft in Bezug auf seine Schutzfunktion für Kinder und Jugendliche zugesprochen. Dennoch Ist dieses Instrument durch das Bundeskinderschutzgesetz nun in bestimmten Situationen vorgesehen. Wie wollen Sie verhindern, dass durch den hohen bürokratischen Aufwand durch das Führungszeugnis, vielsinnvollere Maßnahmen, wie die Präventionsarbeit und die Umsetzung von trägereigenen Schutzkonzepten nicht leidet? Wie wollen Sie die Verbände bei der Umsetzung ihrer Präventionskonzepte unterstützen?**

    **Antwort:** Die FDP Hessen setzt sich dafür ein, dass das erweitere Führungszeugnis nur in Einzelfällen für den ehrenamtlichen Bereich vorgelegt werden muss. Dies ist immer dann der Fall, wenn ein Schwerpunkt in der Arbeit mit Kindern liegt. Das erweiterte Führungszeugnis darf aber nicht zur Hürde für engagierte und geeignete Ehrenamtler werden. Daher muss die auf Bundesebene erlassene Richtlinie, die festlegt, dass für Ehrenamtler das erweiterte Führungszeugnis kostenlos ist, auch in Hessen konsequent umgesetzt werden.

13. **Welche sind die zentralen jugendpolitischen Initiativen, die Sie sich für die nächste Legislaturperiode vorgenommen haben?**

    **Antwort:** Das Angebot in der außerschulischen Jugendbildung ist vielfältig und als weitere Bildungssäule zu stärken. Die FDP unterstützt diese wertvolle Arbeit.
    Sicherlich ist es entscheidend die außerschulische Jugendbildung in Hessen demographiefest zu gestalten. Denn sie ist eine weitere wichtige Bildungssäule in Hessen, die aus Sicht der FDP unterstützt werden sollte.